

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Philip Rosenthal MdB würdigt den ehemaligen Bundesbankpräsidenten Karl Klasen zu dessen 70. Geburtstag.

Seite 1/2

Jürgen Girgensohn, Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, nennt die Sexualerziehung eine Verpflichtung der Schule.

Seite 3/4

Heinz Rapp MdB, stellv. Vorsitzender der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD, begrüßt die Thesen der PAX-CHRISTI-Kommission Abrüstung und Sicherheit

Seite 5

Dokumentation: Die "Vorläufigen Thesen der PAX-CHRISTI-Kommission Abrüstung und Sicherheit".

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 77

23. April 1979

Karl Klasen hat Geschichte gemacht

Dem ehemaligen Bundesbankpräsidenten zum siebzigsten Geburtstag

Von Philip Rosenthal MdB

Karl Klasen, der am 23. April seinen siebzigsten Geburtstag feiert, hat Banken- und Geldgeschichte gemacht. Diese Feststellung ist keine Selbstverständlichkeit. Denn: Sozialdemokraten haben zwar im Verlauf der vergangenen 50 Jahre die höchsten Staats- und Regierungsämter bekleidet, Regierungen gebildet, Verträge für das deutsche Volk geschlossen und allmählich auch Vertrauen in ihre Fähigkeiten bei jenen geweckt, die man gemeinhin "die Wirtschaft" nennt; gleichwohl war es für Sozialdemokraten sehr schwierig, sich auch in der Bankenwelt einen Platz zu verschaffen. Karl Klasen ist dies gelungen - und er hat überdies der deutschen Bundesbank in der bisher risikoreichsten Phase ihrer Geschichte erfolgreich als Präsident vorgestanden.

Wer Geschmack an vordergründig Griffigem aus dem Sammelsurium zeitgeschichtlicher Fakten hat, mag an folgendes denken: Karl Klasen feiert seinen siebzigsten Geburtstag exakt auf den Tag 55 Jahre nachdem Karl Helfferich gestorben ist. Helfferich gab den Anstoß zur Schaffung der Rentenmark und damit zur Überwindung der durch den ersten Weltkrieg und seine Folgen bedingten galoppierenden Inflation. Er war bis auf die Knochen konservativ und in der Deutschnationalen Partei beheimatet. Freilich hinderte das einen Mann wie Rudolf Hilferding nicht, letztendlich Helfferichs Konzept zur Wiederherstellung des Geldwertes zu folgen.

Sicher: Das Zusammenfügen derartiger Daten ist vordergründig; und einem Vergleich der Entstehungsgeschichten inflationärer Prozesse sowie deren Beseitigung soll hier keineswegs das Wort geredet werden. Nur: Gleichwie Hilferding in der Rentenmarkfrage hat sich Klasen nie einem vorfabrizierten Bild der Wirklichkeit hingegeben, sondern sich der Wirklichkeit ausgesetzt und aus der Erfahrung heraus Möglichkeiten

der Veränderung gesucht und leise und ohne Pauken durchgesetzt.

Vielleicht liegt es an der Unterbewertung dieser Eigenschaft, daß es der veröffentlichten Meinung mitunter so schwer fällt, Karl Klasens Lebensweg und seinen Motiven gerecht zu werden. Die einen zeichnen ihn als eine Art "Garde-Sozialdemokraten", der in Haltung und Einsicht seiner Partei weit voraus sei. Dabei lassen sie die Tatsache verblässen, daß Klasen bereits 1931 der SPD beitrug, und er sich in der Endphase der Weimarer Republik kämpferisch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold betätigte.

Andere beschreiben ihn gern als sozialdemokratischen "Zaunkönig", der eigentlich nicht mehr dazu gehöre - Klasens Berufung 1967 zu einem der beiden Sprecher der Deutschen Bank und somit zum Nachfolger von Hermann Josef Abs sehen sie als sozialdemokratischen Sündenfall par excellence.

Mit der Wirklichkeit - und der Leistung des nun siebzigjährigen Karl Klasen - hat das nichts gemein. Als Klasen 1970 seinen Stuhl in der Chefetage der Deutschen Bank mit dem Präsidentensessel der Bundesbank vertauschte, trat er kein leichtes Amt an. Die weltweiten Währungs-Turbulenzen warfen ihre Schatten voraus. In der Bundesrepublik hatte sich die erste Bundesregierung unter Willy Brandt tiefgreifende soziale Reformen und eine merkliche Verbesserung der Verhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer auf ihr Panier geschrieben. Wohl ahnend, welche Schwierigkeiten aus dem monetären Auseinanderdriften der Einzelstaaten resultieren würden, hat Klasen schon bei seinem Amtsantritt als Bundesbank-Präsident harte Position bezogen: In der Bundesrepublik solle es keine Inflation geben.

Klasen hat in den Folgejahren vehement mit den Instrumenten der Notenbank gegen die Inflation gekämpft - und einen "Punktsieg" erstritten, indem die von ihm mitverantwortete Politik der Bundesrepublik zweistellige Inflationsraten ersparte. Vorprogrammiert waren dabei Konflikte zwischen Bundesbank und Bundesregierung: Weil die Behörde in Frankfurt sich vorrangig der Geldwertstabilität verpflichtet fühlte, die Regierung jedoch neben der Stabilität des Preisniveaus einen möglichst hohen Beschäftigungsstand anzustreben hat.

In diese - dramatischen - währungspolitischen Jahre fällt auch die Konzipierung und Umsetzung der "neuen Geldpolitik" der Bundesbank. Nicht mehr die Steuerung der freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute, sondern die Lenkung der Geldpolitik der Banken über den Zuschnitt der Zentralbankgeldmenge wurde Leitmotiv. Unter der Ägide von Klasen hat also die Bundesbank den Abschied von lieb gewordenen Verhaltensweisen gewagt und Neues probiert.

Über dieses Konzept ist seither viel diskutiert und gestritten worden. Klasen hat es gegen alle Anfeindungen verteidigt und seine Flexibilität unter Beweis gestellt: Als erste Regierung der westlichen Welt konnte die Bundesregierung mit der Rückendeckung ihrer Notenbank 1976 geldpolitisch "umschalten". Um acht Prozent sollte nach einem Beschluß des Zentralbankrates aus dem Dezember 1974 im Jahresverlauf 1975 die Zentralbankgeldmenge ausgeweitet werden. Klasen ist bis zu seinem Ausscheiden aus der Bundesbank 1977 der flexiblen Handhabung der geldpolitischen Instrumente gefolgt. Das Konfliktpotential zwischen Bundesregierung und Bundesbank verringerte sich, bei gleichzeitigem kontinuierlichen Absinken der Inflationsrate konnten private und öffentliche Kreditnehmer ihre Wünsche auf dem Geldmarkt befriedigen. Erst heute - mehr als ein Jahr nach Klasens Ausscheiden aus der Bundesbank - bauen sich wieder Spannungen zwischen Frankfurt und Bonn auf.

Für mich ist bis heute faszinierend geblieben, wie präzise der gelernte Jurist Klasen komplizierte geldwirtschaftliche Vorgänge nicht nur erfassen, sondern auch beschreiben und Lösungsvorschläge unterbreiten kann. Diese Fähigkeit macht ihn heute wie in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem begehrten Ratgeber. Karl Klasen verdient unsere besten Wünsche für seinen weiteren Lebensweg auch wegen der Noblesse, mit der er Eintreten für sozialdemokratische Ideale und die Ausübung öffentlicher wie privater Ämter verbindet.

(-/23.4.1979/ks/hgs)

**Sexualerziehung ist Pflicht der Schule**  
-----

Sexualkunde - weil Kinder Anspruch auf umfassende Information haben

Von Jürgen Girgensohn

Kultusminister von Nordrhein-Westfalen

Sexualkunde im Unterricht - wie weit darf, wie weit soll die Schule gehen? Eine konfliktträchtige Frage. Bei der Antwort müssen wir uns darum bemühen, zwei (manchmal miteinander konkurrierenden) Ansprüchen gerecht zu werden: Dem Anspruch der Kinder auf umfassende Informationen über alle Bereiche der Sexualität und dem Erziehungsrecht der Eltern, das ganz besonders in den intimen Bereichen der Sexualität zu respektieren ist.

Zunächst zum Anspruch des Kindes. Im jetzt vorgelegten Gesetzentwurf heißt es: "Die Sexualerziehung soll die Schüler mit den Fragen der Sexualität altersgemäß vertraut machen, ihr Verantwortungsbewußtsein in Fragen des Geschlechtslebens stärken und sie zu menschlicher und sozialer Partnerschaft insbesondere in Ehe und Familie befähigen." Mit dieser Zielsetzung wird bereits die soziale Dimension der Sexualität angesprochen. Sexualkunde soll mehr vermitteln als nur biologisches Fachwissen, denn man kann Kindern die Liebe zwischen zwei Menschen nicht darstellen wie man die Technik eines Autos erklärt.

Nach den Erfahrungen mit unseren "Richtlinien für die Sexualerziehung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen", die wir vor fünf Jahren nach sehr intensiven Beratungen und Diskussionen verabschiedet haben, gelingt die sexuelle Erziehung am besten, wenn sie Teil der allgemeinen Erziehung ist. Eben weil die menschliche Sexualität nicht als isolierter oder isolierbarer Teil der Persönlichkeit zu sehen ist, heißt es im ersten und wohl wichtigsten Leitsatz dieser Richtlinien: "Eine pädagogisch sinnvolle Sexualerziehung kann nur im Rahmen einer kontinuierlichen Ge-

samerziehung verwirklicht werden." Für die Schule bedeutet das, daß verschiedene Unterrichtsfächer wie zum Beispiel Sachkunde, Deutsch, Biologie und Religion Erziehungsbeiträge zu verantwortlichem geschlechtlichem Verhalten leisten. Natürlich erfordert eine solche fächerübergreifende Sexualerziehung von den Lehrern ein hohes Maß an Kooperation. In den Richtlinien - besonders für die Sekundarstufe I - wird dieser Notwendigkeit Rechnung getragen.

Nun zum Erziehungsrecht der Eltern. Hier haben unsere Richtlinien wesentliche Passagen der Karlsruher Entscheidung zur Sexualerziehung vorweggenommen. Aus Achtung vor dem Recht der Eltern und aus Rücksichtnahme auf unterschiedliche Wertvorstellungen habe ich alle Schulen verpflichtet, die Eltern zu Beginn eines Schuljahres über Lernziele, Inhalte und Unterrichtsmedien der Sexualkunde umfassend zu informieren. Unser Ziel ist ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule: Die Eltern sollen, falls sie das wünschen, das Unterrichtsangebot der Schule vorbereiten oder auch fortsetzen können. Unsere Erfahrungen der letzten Jahre decken sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen: Viele Eltern sind dankbar, wenn sie bei der Sexualerziehung durch die Schule Unterstützung finden. Wichtig in diesem Zusammenhang: Es gibt kein Veto-Recht der Eltern gegen die Sexualerziehung. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich das Recht und die Verpflichtung der Schulen zur sexuellen Erziehung bestätigt.

So verständlich der Wunsch mancher Eltern sein mag, ihr Kind noch ein wenig länger "behüten" zu wollen, so wenig entspricht er der Realität. Unsere Gesellschaft ist ganz gewiß nicht arm an sexuellen Reizen und Konsumangeboten, wir haben viele "heimliche" Sexual-Erzieher: Filme und Kino-Plakate, Zeitschriften und Kiosk-Werbung und natürlich auch die Mitschüler. So stellt sich gar nicht die Frage, ob sich unsere Kinder und Jugendlichen mit Sexualität auseinandersetzen sollen. Sie tun es, und das ist gut, gehört es doch zu ihrer Entwicklung. Dabei kann und muß ihnen die Schule helfen.

(-/23.4.1979/ks/hgs)

+ + +

Von der Utopie einer Welt ohne Waffen  
-----

Die "Vorläufigen Thesen der PAX-CHRISTI-Kommission ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT"

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD

Wo immer in diesen Tagen die christliche Botschaft von Ostern verkündet und gehört wurde, haben Gläubige sich auf ihre im österlichen Geschehen vorgebildete Chance hin herausfordern lassen, Verstrickungen der Schuld und des Unfriedens zu lösen und Gerechtigkeit, Freiheit und den Frieden aufs neue wieder zu wagen. Und weniger denn je ist es in unserer Zeit gewaltiger politischer Herausforderungen und Aufgaben möglich, diese Botschaft auf bloße Innerlichkeit hin zu verkürzen. Der unlösbare Zusammenhang ihrer "göttlichen Dimension" und ihrer "menschlichen Dimension" war demgemäß auch eines der beherrschenden Themen der Enzyklika REDEMPTOR HOMINIS von Papst Johannes Paul II. vom 4. März dieses Jahres gewesen; "es genügt", heißt es da mit knapper Geste, "auf Phänomene hinzuweisen wie die Gefahr der Umweltverschmutzung..., die bewaffneten Konflikte... oder die Aussicht einer möglichen Selbstzerstörung durch Atomwaffen".

Bezüge zu den aktuellen sicherheitspolitischen Diskussionen klingen an - keine Sorge: Hier wird nicht der Versuch einer parteipolitischen Vereinnahmung der christlichen Botschaft gemacht. Dies tut auch die Internationale Katholische Friedensbewegung PAX CHRISTI nicht, deren im März dieses Jahres veröffentlichte Vorläufigen Thesen über Abrüstung und Sicherheit freilich so bedeutsam sind, daß sie hier dokumentiert werden sollten (Anlage).

Sicherheit - so PAX CHRISTI - ist unteilbar, ist längst nicht mehr nur ein militärisches Problem im Rahmen des Ost-West-Konflikts; "die Nord-Süd-Dimension tritt immer deutlicher hervor". Sicherheit ist immer auch die Sicherheit der anderen; ein Verständnis von Sicherheit, das den Gegner mit einbezieht, erfordert den Abbau von Drohhaltungen und Feindbildern. Zur Abrüstung gibt es letztlich keine Alternative; "eine Rüstungspolitik, die Waffen vornehmlich unter dem Aspekt ihres Tauscherts für Rüstungskontrollverhandlungen ansieht, beschleunigt das Wettrüsten". Und selbstkritisch in die eigenen - kirchlichen - Reihen hinein: "Die Kirchen können zu einer Abrüstungs- und Entspannungslobby gegenüber den politischen Mächten werden", insbesondere ihnen "ist es aufgegeben, den Menschen die Kenntnisse zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, Konflikte gewaltfrei und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten zu regeln".

Das neutestamentliche Ethos der Gewaltfreiheit fordert die Christen und die Kirchen heraus, beispielhaft gewaltfrei zu leben, das heißt durch das Beispiel des Friedens für den Frieden zu werben. Wahr ist freilich, daß dies zur Bewältigung der Probleme einer unfriedlichen Welt allzu häufig nicht genügt - dennoch aber hält das Dokument der PAX CHRISTI-Kommission daran fest, daß Christen und Kirchen "ethische Verpflichtung und politisches Handeln unter den konkreten Bedingungen und Möglichkeiten" so "miteinander in Einklang bringen sollten", daß sie dabei "für die Realutopie der Gewaltfreiheit offen" bleiben.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik läßt sich an diesen Maßstäben messen. Unser Wissen über den Zustand der Welt sagt uns, daß Sicherheit noch immer beides erfordert: Militärisches Gleichgewicht und den Willen zur Abrüstung. Ein noch so klug austariertes System der auf dem Gleichgewicht des Schreckens basierenden "Sicherheit" aber markiert einen defizitären Zustand, kann weder in sachlicher noch in sittlicher Hinsicht die letzte Antwort auf die Frage nach Sicherheit und Frieden sein. Wissen ist der Leib des Gewissens, das Gewissen ist die Seele des Wissens - das Gewissen drängt über den Zustand einer "Welt in Waffen" hinaus. Das Dokument der PAX CHRISTI-Kommission gipfelt denn auch in dem Satz, daß Kirchen und Christen nie aufhören dürfen, "von der Utopie einer Welt ohne Waffen zu leben".

(-/23.4.1979/ks/hgs)

PAX CHRISTI internationale katholische Friedensbewegung,  
Deutsches Sekretariat, 6000 Frankfurt am Main

Vorläufige Thesen der PAX-CHRISTI-Kommission

### ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT

#### 1. Sicherheit ist unteilbar

Kein Staat kann sich sicher fühlen, wenn Millionen Menschen, ja ganze Völker durch Unterentwicklung, Not, Hunger, Ressourcenknappheit und zunehmende Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden in ihrer Existenz gefährdet sind. Sicherheit kann deshalb nicht länger als ein ausschließlich militärisches Problem im Rahmen des Ost-West-Konfliktes gesehen werden. Die Nord-Süd-Dimension des Sicherheitsproblems tritt immer deutlicher hervor. So gefährdet die rapide Aufrüstung in der Dritten Welt nicht nur den Frieden in diesen Regionen und die internationalen Beziehungen in ihrer Gesamtheit, sie entzieht vor allem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unerlässliche geistige, technische, materielle und finanzielle Ressourcen, die zur Deckung von Grundbedürfnissen und zum Aufbau von Wirtschaftskreisläufen dringend benötigt werden.

#### 2. Sicherheit ist immer auch die Sicherheit der anderen

Es ist eine Illusion, durch eigene militärische Überlegenheit Sicherheit garantieren zu wollen. Die eigenen Sicherheitsvorkehrungen müssen so gestaltet sein, daß sie auch dem mutmaßlichen Gegner Sicherheit vermitteln. Deshalb sollten militärische Organisation und Rüstung - solange diese überhaupt noch als notwendig erachtet werden - für den Gegner klar erkennbar als reine Verteidigungsbereitschaft angelegt sein, denn der Grundsatz militärischer Überlegenheit muß zwangsläufig zur Beschleunigung des Wettrüstens führen und die Gefahr sogenannter Präventivschläge heraufbeschwören. Ein solches Verständnis von Sicherheit, das auch den Gegner einbezieht, erfordert vor allem den Abbau von Drohhaltungen, Feindbildern und Bedrohungs Vorstellungen als wesentliches Element jeder Friedenspolitik.

#### 3. Abrüstung ist ein Schlüssel zum Frieden

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß das gegenwärtige, auf Hochrüstung und gegenseitiger militärischer Abschreckung beruhende Sicherheitssystem nur kurzfristig und auch nicht risikofrei Frieden gewährleistet. Mittelfristig ist dieses System höchst fragwürdig, langfristig macht es Krieg wahrscheinlich. Deshalb darf das Ziel der "allgemeinen und vollständigen Abrüstung" nicht aus den Augen verloren und in eine unbestimmte Zukunft verschoben werden.

Zugleich ergibt sich die Notwendigkeit, alternative Sicherheitssysteme (neue Formen kollektiver Sicherheit, Soziale Verteidigung) zu planen und auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen. Abrüstung bleibt ein Gebot, auch wenn damit Nachteile anderer Art verbunden sein sollten. An der Bereitschaft, solche Nachteile in Kauf zu nehmen, muß sich die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft erweisen. Abrüstung muß freilich nicht notwendigerweise volkswirtschaftliche Nachteile (beispielsweise Arbeitslosigkeit) mit sich bringen, wenn die freigesetzten Mittel sinnvoll in neue friedenssichernde Bereiche (Entwicklung und Umwelt) investiert werden.

#### 4. Einige Thesen zur Friedenseicherung

- o Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen mit dem Ziel der Abrüstung können nur unter den Bedingungen von Entspannungspolitik und internationaler Kooperation durchgeführt werden. Kurzfristig ist es daher vorrangig, die gegenwärtig betriebenen "Aufrüstungs"-Verhandlungen (z.B. SALT) in kooperative Rüstungssteuerung umzuwandeln. Sie muß den Rüstungswettlauf - alle Waffensysteme eingeschlossen - zunächst unter Kontrolle bringen, dann beenden und schließlich zu Rüstungsbegrenzungen führen.
- o Eine Rüstungspolitik, die Waffen vornehmlich unter dem Aspekt ihres "Tauschwertes" für Rüstungskontrollverhandlungen ansieht, beschleunigt das Wettüben. Deshalb müssen Maßnahmen der kooperativen Rüstungssteuerung die Entwicklung neuer Waffensysteme von vorneherein mit einbeziehen.
- o Folgende Einzelmaßnahmen können in diesem Zusammenhang sinnvoll sein:
  - Vertrauensbildende Maßnahmen
  - einseitige Maßnahmen der risikofreien Induktion
  - Schaffung eigenständiger Abrüstungsbehörden
  - ständige Information über die Auswirkung von Rüstungsmaßnahmen auf den Rüstungskontrollprozeß
  - verstärkte politische Kontrolle militärischer Apparate
  - Abbau militärisch-industrieller Komplexe
  - Eindämmung des Rüstungsexports und Waffenhandels.
- o Politiker müssen lernen, eine breite öffentliche Diskussion sicherheits- und abrüstungspolitischer Fragen zu ertragen und zu fördern. Dabei darf innenpolitischer Druck auf die eigene Verhandlungspolitik nicht als "Schwächung der Verhandlungsposition" empfunden und verurteilt werden.

#### 5. Friedensarbeit der Kirche

In der Sicht des Neuen Testaments ist das Ethos der christlichen Gemeinden ein Ethos der Gewaltfreiheit. Jesu Leben, Tod und Auferstehung sind die Geburtsstunde der gewalt-

freien, neuen Gesellschaft des Volkes Gottes im Neuen Bund. In der Nachfolge Jesu sind alle Christen dazu berufen, am Aufbau des Reiches Gottes der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens mitzuarbeiten. Das neutestamentliche Ethos der Gewaltfreiheit fordert die Christen und die Kirchen heraus, in christlichen Gruppen und Gemeinden beispielhaft gewaltfrei zu leben und zu handeln. Das Neue Testament enthält keine Handlungsanweisungen für bestimmte Situationen, z.B. die gegenwärtige politische Situation. Die Christen und die Kirchen sind vielmehr herausgefordert, ethische Verpflichtungen und politisches Handeln unter den konkreten Bedingungen und Möglichkeiten miteinander in Einklang zu bringen, dabei für die Realutopie der Gewaltfreiheit offen zu sein und die Dimension der Gewaltfreiheit auch in den gesellschaftlichen und politischen Bereichen zu verdeutlichen.

Folgende Aufgaben stellen sich gegenwärtig für die Friedensarbeit der Kirchen:

- Die Kirchen können zu einer internationalen Abrüstungs- und Entspannungselite gegenüber den politischen Mächten werden. Sie müssen ihre internationalen Bindungen nutzen, um Kooperation, Verständigung, Aussöhnung und damit auch den Entspannungsprozeß voranzutreiben. Sie müssen in ihren eigenen Gemeinden die politische Bewusstseinsbildung in Friedensfragen in Angriff nehmen, damit eine sensible und kritische Öffentlichkeit entsteht.
- Eine der wichtigsten innergesellschaftlichen Voraussetzungen für Abrüstungspolitik ist Erziehung zum Frieden. Allen für Staat und Gesellschaft Verantwortlichen und insbesondere den Kirchen ist es aufgegeben, den Menschen die Kenntnisse zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, Konflikte gewaltfrei und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten zu regeln. Das heißt insbesondere Verzicht auf Angerzeugung und Drohaktionen auf allen Ebenen gesellschaftlichen Handelns.
- Aufgrund der individualethischen Aspekte der Bereitschaft zur Verteidigung mit Waffen einerseits und gewaltfreien Handelns andererseits müssen die Kirchen immer wieder auf die Konsequenzen des Handelns der einen und der anderen für die Gesellschaft und den einzelnen hinweisen. Dazu gehört u.a., daß sich die Kirchen für ein umfassendes und uneingeschränktes Recht der Kriegsdienstverweigerung einsetzen. Ebenso müssen sie innerhalb und außerhalb ihrer Reihen Innovations- und Basisgruppen fördern, die nach Methoden gewaltfreier Konfliktauflösung suchen.
- Christen und Kirchen dürfen nicht aufhören, von der Utopie einer Welt ohne Waffen zu leben. Nur wenn bewußt und systematisch das Prinzip der Gewaltfreiheit dem vorhandenen Potential an Waffen und Strategien wie auch der vom Menschen selbst ausgehenden Aggressivität entgegengesetzt wird, besteht Hoffnung, unsere Gesellschaft in Frieden und Freiheit zum Besten aller zu gestalten.